

Gewalt weiter denken in der Kolonialität des Wissens

Claudia Brunner

in: Aram Ziai (Hg.) (2016): Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge, Bielefeld: transcript, Edition Politik, 91-108



DOI: 10.14361/9783839432310-006

<https://www.transcript-verlag.de/author/ziai-aram-320001121/>

Version vor Layout, originale Seitenzahlen berücksichtigt

Gewalt weiter denken in der Kolonialität des Wissens

CLAUDIA BRUNNER

GEWALTDEFINITIONEN IM ENGEN KLEID EINER STAATSTRAGENDEN DISZIPLIN

Gewaltverhältnisse sind der Ausgangspunkt für zahlreiche Forschungsfragen und Gegenstände der Politikwissenschaft – doch sie werden selten so genannt. In politikwissenschaftlichen Einführungswerken ist Gewalt als eigenständiges Thema so gut wie abwesend. Als solches findet sie in Subfeldern wie Entwicklungs-, Friedens- und Konfliktforschung, in den Internationalen Beziehungen oder in feministischer Politikwissenschaft Eingang. Im Kern des Fachs wird Politik je nach Perspektive als Verteilungs-, Macht- oder Ordnungsfrage verstanden. Daraus resultiert zwar die zentrale Beschäftigung mit Staatsgewalt und Gewaltenteilung, also mit zu Normen geronnenen Gewaltverhältnissen. Diese selbst gelten jedoch nicht als gewaltförmig, sondern vielmehr als Ergebnis der Überwindung von Gewalt qua Politik. Politik und Gewalt scheinen einander auszuschließende Sphären zu sein. Dass den mit der Herausbildung des staatlichen Gewaltmonopols verbundenen politischen Prozessen im historischen Rückblick unterschiedlichste Formen von Gewalt zugrunde liegen, findet in den zentralen Begriffen und Kategorien der Disziplin wenig Niederschlag. Jene Gewalt hingegen, die Gewaltmonopol, Staatsgewalt und Gewaltenteilung herausfordert, gilt der Disziplin als Abweichung und Sonderfall, nicht als Normalität politischer Ordnung und ihrer Aushandlungs- und Verwerfungsprozesse.

Das liegt *erstens* an der Ambivalenz des Begriffs Gewalt selbst, der im Deutschen nicht zwischen Ordnungsbegründung (lateinisch: *potestas*, mit Rechtmäßigkeit konnotiert) und Ordnungszerstörung (lateinisch: *violentia*, mit Unrechtmäßigkeit konnotiert) unterscheidet (Imbusch 2002: 27ff). Das ihm zugrundeliegende indogermanische Wort *giwaltan* bezeichnet genau jene Gleichzeitigkeit

und Ununterscheidbarkeit von Verfügungsgewalt und Gewaltanwendung, die bis heute politische ebenso wie wissenschaftliche Differenzierungen erschwert. Zugleich sind es diese beiden Dimensionen, zwischen denen sich Gegenstände der Politikwissenschaft notwendigerweise bewegen. Doch auch eine vermeintlich trennscharfe begriffliche Unterscheidung kann nicht darüber hinweg täuschen, dass etwa auch mit *power* oder *violence* jeweils vielschichtige gewaltförmige Prozesse und deren Ergebnisse benannt werden. Inzwischen besteht zwar weitgehend Konsens darüber, dass der Normalfall von Gewalt die Uneindeutigkeit und Vielschichtigkeit ihrer Phänomene ist, und dass auch strikte Definitionsversuche dieses Problem nicht lösen können (Heitmeyer/Soeffner 2004: 11). Dennoch widerspricht kanonisiertes politikwissenschaftliches Wissen einem relationalen und offenen Verständnis von Gewalt, wenn es um die Analyse konkreter Phänomene politischer Gewalt geht, wie etwa das *Handbuch Politische Gewalt* (Enzmann 2013) illustriert. Eine positive Ausnahme ist das *Lexikon der Politikwissenschaft* (Nohlen/Schultze 2010), das – abgesehen von postkolonialer Theorie, die dort noch keine Berücksichtigung findet – eine Palette von auch weiter gefassten Gewalttheorien anführt (ebd.: 324ff). Deren Bandbreite findet jedoch in den unterschiedlichen Teilbereichen des Fachs wenig Resonanz. Auch die politikwissenschaftliche Theoriebildung hält bis heute an einem engen Gewaltbegriff fest (Koloma Beck/Schlichte 2014). In überwiegendem Ausmaß fokussiert Politikwissenschaft auf Begriffe, die Gewalt inklusive Schädigungsabsicht und politischer Verortung vorrangig als direkte und physische verstehen, um dann grob zwischen individueller und kollektiver Gewalt zu unterscheiden. Der lange Weg dorthin, der von ineinander verwobenen und höchst unterschiedlichen Gewaltformen gesäumt ist – von struktureller über symbolische, diskursive und normative bis hin zu epistemischer Gewalt – , ist in der Politikwissenschaft noch weitgehend unvermessen.

Zweitens macht der in politikwissenschaftlichen Gewaltdebatten privilegierte Referenzpunkt des modernen europäischen Nationalstaats westlicher Prägung juristische Definitionen euro- und androzentrischer Herkunft zur stillen Norm des begrifflichen Instrumentariums. Das staatliche Gewaltmonopol der westlichen Nation als Errungenschaft moderner Zivilisation und die damit in engem Zusammenhang stehende Frage der Gewaltenteilung zwischen unterschiedlichen Institutionen und Akteur_innen im Innen- wie im Außenverhältnis von Staatlichkeit stellen dementsprechend das Herzstück von Politik und Politikwissenschaft dar. Dies spiegelt sich auch im Gewaltverständnis der Disziplin, deren Anfänge in der Staatswissenschaft liegen. Als exemplarisch für diese Genese kann die aus postkolonialer Perspektive frappierende Struktur einer *Einführung in die Staatslehre* (Kriele 1994) angeführt werden, deren Kapitelüberschriften

wie folgt lauten: „I. Teil Friede: Der Staat, II. Teil Freiheit: Der Verfassungsstaat, III. Teil Gerechtigkeit: Der demokratische Verfassungsstaat“. Dass damit ein normativer demokratischer und kapitalistischer, jedenfalls im Globalen Norden/Westen konzipierter und von seinem kolonialen Erbe isolierter Staat gedacht wird, bleibt in diesem Selbstverständnis unerwähnt. Die Erkenntnis postkolonialer Perspektiven, dass die Einhegung von Gewalt nach innen der gewaltförmigen Konstitution der Moderne sowie kolonialer Kriegsführung europäischer Staaten samt der damit in Zusammenhang stehenden Wissensproduktion zu verdanken ist (Kurtenbach/Wehr 2014: 96), steht diesem Zugang diametral gegenüber. Ausgespart bleibt dementsprechend die Frage danach, in welchem Verhältnis die universalisierte eurozentrische Trilogie – Staat, Freiheit, Demokratie – zur außereuropäischen Welt steht, historisch und gegenwärtig, in Theorie und Praxis. Selbst kritische Staatstheorie führt diesen blinden Fleck weiter im Repertoire und geht zumeist von einem eurozentrischen Staatsbegriff nach dem Modell von OECD-Staaten aus, wie Helmut Krieger kritisiert (Krieger 2015: 29ff, 277ff). Aus postkolonialer Sicht liegt Gewalt im engen wie im weiten Sinne in den eurozentrischen Paradigmen der Moderne selbst begründet, welche nach Ordnung und Klassifikation strebt, um unterwerfen und regieren zu können (Nunner-Winkler 2004: 22) – auch als Staat. Dies bringt entsprechenden Praktiken ebenso wie die Werkzeuge zu deren Legitimierung hervor: „humanitäre Intervention“, „demokratischer Frieden“ oder „Schutzverantwortung“ sind aktuelle politologische Euphemismen für mitunter durchaus gewaltvolle Interessenspolitiken. Die Behauptung einer umfassenden Gewalteinhegung der Moderne durch das staatliche Gewaltmonopol kann also gleichermaßen als Grundlage für das dominante Gewaltverständnis der Politikwissenschaft wie auch als Mythos zur Aufrechterhaltung des politischen Status quo verstanden werden. Vom Gewaltmonopol des modernen Staates auf eine prinzipielle Gewaltfreiheit moderner Gesellschaften zu schließen, wie dies die oben genannte Kapiteleinteilung bei Kreile nahelegt, ist ein Fehlschluss, der keinerlei historischer Realität entspricht (Löffler 2012: 208). Flankiert von einem „symbolischen Gewaltmonopol“ (ebd.: 215), das die Bedingungen der Legitimität von Gewalt in der Gesellschaft und von Gewaltanwendung durch staatliche Akteur_innen festlegt (ebd.), lässt sich diese Behauptung jedoch gut aufrechterhalten.

Diese Konzeption von Staat wird *drittens* zur Grundlage für politikwissenschaftliche Theoriebildung schlechthin. Während nicht-westliche Gesellschaften in der Herausbildung europäischer Sozialtheorie lediglich als Vorstufen gesellschaftlicher Entwicklung betrachtet und deren Politikmodelle dementsprechend ignoriert wurden, avancierten die Staaten Europas und Nordamerikas ungeachtet ihres kolonialen Erbes zum klassischen Modell für Theorieentwicklung

(Ziai 2011: 25ff). Dies spiegelt sich in der allgemeinen Dominanz englischsprachiger Politikwissenschaft ebenso wie in diversen Theoretisierungen von Gewalt wider. Vom „epistemischen Territorium der Moderne“ (Vázquez 2011: 27) aus betrachtet, die ihrerseits für Fortschritt, Rationalität, Demokratie und nicht zuletzt auch Gewaltlosigkeit steht, wird Gewalt dementsprechend zumeist in Distanz und Devianz verortet. Das heißt, Gewalt sucht und findet man vor allem im ‚Globalen Süden‘, in einer räumlich dislozierten spezifischen ‚Konfliktregion‘, in einem durch Klassengrenzen abgeschotteten ‚Konfliktmilieu‘, oder aber, auf einer zeitlichen Achse, in einer spezifisch gewaltförmigen Vergangenheit, die lediglich als temporäre Abweichung von der Norm ansonsten rational-friedlich-demokratisch-aufgeklärter Vergesellschaftung westlichen Zuschnitts verstanden wird. Diese Logik hat es etwa auch lange Zeit ermöglicht, die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen und anderer zuvor stigmatisierter Bevölkerungsgruppen als ‚Zivilisationsbruch‘ zu verstehen sowie kognitive und materielle Ermöglichungsbedingungen dieser Vernichtung in den vorangegangenen kolonialen Kriegen Europas auszublenden (Kurtenbach/Wehr 2014: 106). Gewalt ist für die Politikwissenschaft zumeist *anderswo*, *anderswer* und *anderswas*. Daraus folgt im binären Denken der Moderne, dass im Hier und Selbst Gewaltlosigkeit herrscht – oder zumindest die vermutete Fähigkeit zu deren Erreichung. Dieses Verständnis erlaubt vom Skandalon der Gewalt selbst analytischen Abstand zu nehmen, ebenso wie gegenüber jenen, die als irreguläre, irrationale, jedenfalls aber illegitime Gewaltakteur_innen – vom ‚Amokläufer‘ bis zum ‚Schurkenstaat‘ – für politikwissenschaftliche Fragestellungen nach wie vor eine starke Anziehungskraft ausüben und eine ideale Gegenfolie für die angenommene eigene Aufgeklärtheit und Gewaltfreiheit darstellen.

In einer „kognitiven Diffusität über das Gewaltverständnis“ (Heitmeyer 2008: 421) werden mit einem zumeist engen Begriff von Gewalt in der Politikwissenschaft also unterschiedlichste Dinge (nicht) bezeichnet, über die angesichts der enormen Spannweite der Phänomene selbst sowie aufgrund einer enormen begrifflichen Ambivalenz weder analytischer noch politischer Konsens hergestellt werden kann. Das ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil damit viertens im Feld des Politischen immer auch Fragen der (Il-)Legitimität vor allem von direkter physischer Gewalt verknüpft sind. Diese wiederum wird kaum explizit verhandelt, ragt jedoch weit in Debatten über die angemessene Enge oder Weite des Gewaltbegriffs selbst hinein. Eindrücklich sichtbar ist dies z.B. an der zunehmenden Einengung von Debatten über politische Gewalt in Richtung eines sich verselbständigenden Terrorismuswissens (Brunner 2011). Ein permanenter Reflexionsbedarf der Disziplin liegt angesichts dieser heiklen Konstellation rund um Gewalt und (Il-)Legitimität auf der Hand. Doch epistemologische Fragen,

die immer auch politische sind, stoßen nur an den Rändern des Fachs auf Interesse, geht es doch in seinem Kern um sogenannte Fakten, die vermessen, gewichtet und auch politikberatend verwertet werden sollen, gerade wenn Gewalt in ihrer direkten physischen Form zur politikwissenschaftlichen Diskussion steht. Diese wiederum geht oft mit einem Impetus praktischer Dringlichkeit und moralischer Aufgeladenheit einher, der einer angemessenen Analyse im Kontext vielschichtiger Formen und Begriffe von Gewalt entgegensteht und die Theoretisierung von Gewalt gern anderen Disziplinen überlässt. Dass und wie etwa psychologisch, soziologisch oder kriminologisch grundierte enge Gewaltverständnisse unreflektiert in die Politikwissenschaft zurückwirken, ist ein weiteres Problem für analytische und für epistemologische Fragen des Fachs (Brunner 2011).

WEITE GEWALTBEGRIFFE ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE POLITIKWISSENSCHAFT

Theorien, Konzepte und Begriffe etwa zu symbolischer, diskursiver, sprachlicher, visueller, normativer, ethischer oder kultureller Gewalt aus benachbarten Disziplinen, denen ein systemisches, relationales und prozesshaftes, also weites Verständnis von Gewaltverhältnissen zugrunde liegt, finden ebenso wie postkoloniale Perspektiven nur langsam Eingang in die Kanonisierungen der Disziplin. Kritischen Stimmen an den Rändern der Politikwissenschaft ist zu verdanken, dass sich etwa Johan Galtungs Begriff „strukturelle Gewalt“ (Galtung 1975) dennoch einen Weg in die politikwissenschaftliche Debatte gebahnt hat. Dort wurde er vor allem in Bezug auf das Verhältnis von Staatlichkeit, Gewalt und Geschlecht (Sauer 2009) und in Richtung eines intersektionellen Gewaltbegriffs (Sauer 2011) weiter entwickelt. Letzterer grenzt sich vor allem gegenüber einer Kulturalisierung und Naturalisierung bestimmter Gewaltformen ab, die strukturelle Gewalt im globalen Verhältnis entnennt, sei es in innergesellschaftlichen (Stichwort: Migrationsdebatte) oder in geopolitischen (Stichwort: Krieg gegen den Terrorismus) Zusammenhängen. Auch in der Friedens- und Konfliktforschung bzw. der Entwicklungsforschung hat ein an strukturelle Gewalt angelehntes Verständnis teilweise Eingang gefunden. Im Umfeld dieses Ringens um ein weites Gewaltverständnis für politikwissenschaftliche Fragestellungen finden auch das aus der Soziologie stammende Konzept „symbolische Gewalt“ (Bourdieu/Passeron 1973) sowie Ansätze zur diskursiven (Foucault 1993) und normativen Dimension (Butler 2010) von Gewalt Verwendung. Bemerkenswerterweise hat die inzwischen jahrzehntelange politikwissenschaftliche Rezeption und Weiterentwicklung des Werks von Michel Foucault, das sich detail- und umfangreich

mit dem Verhältnis von Macht und Wissen in der Herausbildung des modernen Nationalstaats einschließlich dessen Gewaltförmigkeit auseinandersetzt, in den Definitionen der Grundbegriffe der Disziplin bislang wenig Niederschlag gefunden. Zugleich ist sein Werk transdisziplinäre Inspiration für eine Vielzahl weiterer Gewaltkonzepte einerseits und postkolonialer Analysen andererseits, wenngleich Foucault selbst im Fokus auf Europa die Kolonialität dieses Wissens nicht als konstitutiv für die Gewaltförmigkeit der Moderne verstanden hat. Doch Foucault überwindet die normative Unterscheidung zwischen *potestas* und *violencia*, da es in seinem weiten Gewaltverständnis keine Manifestation von Macht gibt, die gewaltfrei ist (Dhawan 2007: 251).

Solche, zumeist in sich selbst bereits inter- und transdisziplinär angelegten, weiten Gewaltdefinitionen sind aus anderen Fächern und aus dem historischen Kontext sozialer und politischer Bewegungen heraus in das Fach gelangt, werden von dessen ‚gate-keepers‘ jedoch immer wieder mit dem Argument mangelnder Operationalisierbarkeit an die Ränder verwiesen. Weite Gewaltbegriffe stellen für die Politikwissenschaft eine Herausforderung dar, weil sie auf je spezifische Art und Weise auch den Status quo einer Disziplin in Frage stellen, deren Nähe zu Staat, Macht und Gewaltverhältnissen in der globalen „Geopolitik des Wissens“ (Mignolo 2002) als Dimension einer anhaltenden „Kolonialität der Macht“ (Quijano 2000; Quintero/Garbe 2013) von ihr selbst kaum reflektiert wird. Der in der postkolonialen kulturwissenschaftlichen Debatte bereits geläufige Begriff der epistemischen Gewalt (Spivak 1988) bietet sich dazu an, dieses Desiderat zu bearbeiten. Daher plädiere ich im vierten Abschnitt dieses Texts für einen postkolonial erweiterten Gewaltbegriff der Politikwissenschaft, der auch die Dimension von Wissen(schaft) und deren Verwobenheit mit unterschiedlichen Dimensionen von Gewalt berücksichtigt. Denn ungeachtet der Erweiterungen an ihren Rändern wird Gewalt von der Politikwissenschaft in erster Linie als zu analysierendes Ereignis oder als zu lösendes Problem verstanden, nicht als Struktur und Prozess. In den meisten Teilgebieten des Fachs geht es um Gewalt nicht als wissenschaftlich-sozialtheoretisches, sondern als gesellschaftlich-normatives Problem (Koloma Beck/Schlichte 2014: 29). Dementsprechend werden auch Dimensionen von Wissen nicht als konstitutives Element von Gewaltförmigkeit betrachtet. Genau dieser Aspekt stellt einen zentralen Ausgangspunkt für post- und dekoloniale Perspektiven dar, die zu Fragen des Politischen ebenso wie für eine politikwissenschaftliche Analyse bzw. Theoretisierung von Gewalt einen innovativen Beitrag leisten können.

GEWALT(VERSTÄNDNISSE) UND DIE KOLONIALITÄT DES WISSENS

Postkoloniale Theoriebildung wurde erst nach und mit den im 20. Jahrhundert beinahe weltweit geführten antikolonialen Kämpfen gegen europäische Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse möglich (Chandra 2013: 480). Das größte Potenzial postkolonialer Perspektiven ist daher die Verbindung einer materialistischen Analyse von Ausbeutungsverhältnissen mit einer Kritik der wissensbasierten Normalisierung kolonialer Dominanz (Franzki/Aikins 2010: 25). Die koloniale Eroberung der Welt, die von Europa ihren Ausgang nahm und deren Auswirkungen bis heute relevant sind, war nämlich nicht nur eine militärische und politische Frage, sondern eingebettet in ein umfassendes Projekt kultureller Kontrolle (Cohn 1996). Koloniales Wissen hat diesen Prozess ebenso vorbereitet und ermöglicht wie es auch selbst daraus hervorgegangen ist. Übersetzt für eine Debatte über Gewaltbegriffe heißt dies, dass eine isolierte Betrachtung direkter physischer politischer Gewalt nicht ausreicht. Vielmehr müssen deren jeweilige Erscheinungsformen in einen Zusammenhang mit oft weniger deutlich sichtbaren Aspekten wie jener der Wissensproduktion über sie gestellt werden. Beide – Gewaltereignisse und Wissensproduktion – sind als eingebettet in eine anhaltende Kolonialität von Macht und Wissen zu verstehen, einen Zustand, der weit über die politische Ära des Kolonialismus hinausreicht (Quintero/Garbe 2013). Die oben skizzierten weiten Gewaltbegriffe bieten sich für eine solche Betrachtung bereits an, doch auch sie müssen aus einer post- bzw. dekolonialen Perspektive modifiziert werden, was bislang noch nicht systematisch erfolgt ist.¹ Viel investiert wurde hingegen bereits in ein Verständnis des Zusammenhangs von Wissen und Gewalt im (post)kolonialen Kontext. Die Kritik an und Dekonstruktion von wichtigen Begriffen der politischen Theorie wie etwa Moderne, Menschenrechte, Fortschritt oder Aufklärung stellt für post- und dekoloniale Ansätze dementsprechend einen Ausgangspunkt zur langfristigen Herbeiführung eines epistemischen Bruchs bzw. einer Dezentrierung von Wissen dar. Nur dann kann über eine Dekolonisierung des Wissens eine substanzielle und nachhaltige Transformation von Ungleichheitsverhältnissen in Gang kommen, die, so das

¹ Zu Abgrenzungsdebatten zwischen post- und dekolonialen Zugängen siehe Castro Varela/Dhawan (2015: 318ff). Von verschiedenen politischen und theoretischen Grundlagen ausgehend, verfolgen sie (wissens)politisch durchaus ähnliche Ziele. Dass die Wege zu einer „globalen kritischen Theorie“ (Kerner 2012: 164) bisweilen unterschiedlich aussehen, tut ihrem Wert und Nutzen keinen Abbruch.

durchaus normative Anliegen, auch mit einer Reduktion direkter und indirekter Formen von Gewalt einher geht.

Dieser Paradigmenwechsel erfordert nicht nur eine umfassende „Provinzialisierung Europas“ (Chakrabarty 2002), sondern auch eine „Globalisierung der Peripherie“ (Coronil 2004), und damit ein dialektisches Denken auch in Widersprüchen und Ungleichzeitigkeiten. Dies kann nicht abgetrennt von Fragen der wissenschaftlichen Wissensproduktion selbst geschehen. Denn Forschung, die auf das zentrale erkenntnistheoretische und politische Element von Wissenschafts- als Herrschaftskritik verzichtet, wäre mit dem Etikett postkolonial unzutreffend bezeichnet (Engels 2014: 132). Postkoloniale Perspektiven identifizieren daher die zunehmende Arbeitsteilung zwischen den Disziplinen, die sich historisch parallel zur Phase von Kolonial- und Weltkriegen vollzogen hat (Kurtenbach/Wehr 2014: 97), als konstitutiv für die Errichtung und Aufrechterhaltung globaler Ungleichheits- und Gewaltverhältnisse. Deren Ursprung wird in der kolonialen Expansion Europas verortet, die mit der vermeintlichen ‚Entdeckung Amerikas‘ ihren Ausgang nahm und sich 200 Jahre später über den ganzen Globus ausdehnte. Die sich im 19. Jahrhundert etablierenden wissenschaftlichen Disziplinen der Ökonomie, Politikwissenschaft und Soziologie haben sich mit den jeweils für sie zentralen Sphären moderner westlicher Gesellschaften – Markt, Staat, Gesellschaft – befasst bzw. diese als gewaltfrei vorgestellten Hort der Moderne mit hervorgebracht und dabei eine partikuläre Perspektive universalisiert. Die Analyse des ‚von Gewalt betroffenen‘ „Rest[s]“ der Welt (Hall 1992) wurde dabei der Ethnologie bzw. Anthropologie und den Regionalstudien überlassen (Boatcă/Costa 2010: 69), die ihrerseits ebenso von Euro- und Androzentrismus imprägniert sind.

Diese internationale Arbeitsteilung, die wiederum nicht nur kultureller und epistemischer, sondern auch ökonomischer und politischer Art ist (Boatcă 2013: 384), blendet aus, dass die als aufgeklärt, modern und fortschrittlich verstandenen staats- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen innerhalb der kolonisierenden Gesellschaften selbst wesentlich von den mehrfach gewaltförmigen kolonialen Begegnungen geprägt wurden (Franzki/Aikins 2010: 10). Die Kolonien sowohl der früheren Expansion im 15. und 16. Jahrhundert in die beiden Americas (auf die dekoloniale Theorie fokussiert) als auch der späteren im 18. und 19. Jahrhundert nach Asien und Afrika (die den Ausgangspunkt postkolonialer Theorie bildet) waren nicht nur Empfängerinnen bereits vollendeter kolonialer Programme. Vielmehr fungierten sie auch als Experimentierfelder für Verwaltungspraktiken und Sozialtechniken, deren Ergebnisse wiederum in Europa selbst zur Anwendung gelangten (Boatcă 2013: 381). Wenn man die doppelte Verwobenheit von epistemischen mit materiellen Gewaltverhältnissen einerseits

sowie von Entwicklungen in den (ehemaligen) Kolonien mit jenen in den (ehemaligen) Kolonialländern andererseits thematisiert, lässt sich also fragen: Auf welche Weisen tragen spezifische Wissensformationen zur (Re)Produktion von asymmetrischen Dominanzverhältnissen und zur damit verbundenen internationalen Arbeits- und Ressourcenverteilung bei (Lorey 2012: 175)? Und in welchem Zusammenhang steht dies mit welchen Formen von Gewalt?

Nun kann eingewendet werden, dass der Prozess der politischen Dekolonisierung bis auf wenige Ausnahmen (Young 2006: 3f) ja abgeschlossen und das Problem nur mehr eines für die Geschichtswissenschaften sei. Doch im Prozess der gewaltvollen Ausdehnung Europas und der Kolonisierung beinahe der gesamten Erdoberfläche wurden im erwähnten Zusammenspiel von Politik und Wissenschaft zutiefst eurozentrische wissenschaftliche Kategorien geschaffen, die das Ende der formalen politischen Kolonisierung überdauern und bis heute auch in den Gesellschaften des Globalen Nordens wirksam sind (Castro Varela/Dhawan 2009: 9). Die Weltordnung, die der Globale Norden/Westen dem Globalen Süden/Osten aufgezwungen hat, ist dementsprechend von einer spezifischen epistemologischen Grundierung gekennzeichnet (Santos et al. 2007: xix), die ihrerseits wiederum eben diese Weltordnung – etwa mit der Einteilung in Ost/West und Nord/Süd – aufrechterhält. Während die politische Dimension des historischen Kolonialismus und dessen direkte Gewaltförmigkeit in der Politikwissenschaft durchaus kritisiert werden, lebt die mit ihm verbundene „epistemische Monokultur“ (ebd.: xxxiii) in den Wissenschaften also weiter. Sie gilt als Ausweis für Aufgeklärtheit und Rationalität, Entwicklung und Fortschrittlichkeit, Modernität und Nüchternheit (ebd.) – und im Zuge dessen auch für deren angenommene Gewaltfreiheit. Das ist mit dem Begriff der „Kolonialität des Wissens“ gemeint, die Teil einer „Kolonialität der Macht“ (Quijano 2000; Quintero/Garbe 2013) ist.

Für die Politikwissenschaft und ihre Staatszentriertheit lässt sich diese anhaltende Kolonialität mit aktuellen Arbeitsbegriffen wie jenen der ‚Schurkenstaaten/rogue states‘ oder der ‚gescheiterten Staaten/failed states‘ illustrieren. Mit ihnen werden manche Länder des Globalen Südens ebenso selbstverständlich wie leichtfertig bezeichnet, weil die Analyse der ‚dortigen‘ Gewaltphänomene von der Politik und Wissensproduktion westlicher Staaten vollständig abgetrennt bleibt (Chojnacki/Namberger 2014). Auch ‚hier‘ konstatierte Gewaltphänomene – insbesondere jene, die sich als Fragen der Geschlechterordnung rahmen lassen, z.B. Zwangsehe, Genitalbeschneidung, sogenannte Ehrenmorde – werden derzeit gern auf eine kulturalisierte Spezifik der ‚Andersheit‘ reduziert und von anderen Erklärungsfaktoren abgetrennt (Dietze/Brunner/Wenzel 2009). Demgegenüber plädiert eine postkoloniale Perspektive auf die vielfältige „Verwobenheit“

zwischen ‚dort‘ und ‚hier‘, zwischen ‚erst‘ und ‚jetzt‘ (Randeria 1999). Ohne deren Berücksichtigung bleibt jegliche Wissensproduktion und Politik notwendigerweise eurozentrisch, universalistisch und damit aus postkolonialer Perspektive problematisch. Es sollte also auch für die Politikwissenschaft nicht lediglich um einen prestigeträchtigen ‚postcolonial turn‘ im Aufwind eines innovativen akademischen Trends gehen, sondern um die Anerkennung und Analyse der zutiefst in ihre Gegenstände, Theorien, Methoden und Praxisformen eingelassene Kolonialität von Macht und Wissen. Im Anschluss an Manuela Boatcă und Sergio Costa (2010: 71), die dies für die Soziologie fordern, muss es zuallererst um ein Zurückverfolgen des ‚colonial turn‘ gehen, der die Disziplin erst zu der gemacht hat, die sie heute ist.

EPISTEMISCHE GEWALT ALS SCHNITTSTELLE ZWISCHEN FORMEN UND BEGRIFFEN VON GEWALT

Der aus der postkolonialen Debatte hervorgegangene Begriff der epistemischen Gewalt stellt dafür einen vielversprechenden Ausgangspunkt dar. Mit ihm lässt sich der Weg zwischen Wissen und Gewalt vermessen, der zum anhaltenden Zustand der Kolonialität geführt hat. Auch jener, den wir zu einer Dekolonisierung des Wissens beschreiten können, zeichnet sich dabei ab. Die systematische Inklusion von epistemischer Gewalt in unser begriffliches Instrumentarium lässt uns sowohl unterschiedliche Gewaltphänomene als auch ebensolche Gewaltbegriffe in ihrer Verwobenheit mit Aspekten von Kolonialität besser verstehen. Auch ihre wechselseitige Bezogenheit kann damit besser thematisiert werden. Die immer wieder als Problem konstatierte Tatsache, dass im deutschen Begriff Gewalt Elemente der Begründung von Ordnung mit solchen ihrer Zerstörung ineinander fallen, stellt für eine Auseinandersetzung mit epistemischer Gewalt also durchaus einen Vorteil dar. Genau diese Ambivalenz kann als produktives Element eines Konzepts verstanden werden, bei dem es nicht um optimale Operationalisierbarkeit geht. Ganz im Gegenteil kann damit die begriffliche und konzeptionelle Fragmentierung von Gewaltbegriffen, die analytisch durchaus Sinn machen kann, in einen dialektischen Zusammenhang eingebettet werden. In diesem werden zwei für Gewaltfragen wesentliche und untrennbar miteinander verwobene Elemente betont: die immer auch diskursive Herstellung von Gewalt und die spezifischen Konjunkturen von Gewaltbegriffen einerseits und die damit immer mit verhandelte (Il-)Legitimität von Gewalt und von Gewaltbegriffen andererseits.

Noch verfügen wir über keine umfassende Theoretisierung epistemischer Gewalt. Doch Hinweise, was darunter und damit verstanden werden kann, finden sich verstreut in den Kultur-, Geistes- und Sozialwissenschaften. Die früheste und am weitesten verbreitete Beschreibung stammt von einer der bekanntesten Begründer_innen postkolonialer Theorie, Gayatri Chakravorty Spivak:

„One clearly available example of epistemic violence is the remotely orchestrated, far-flung, and heterogeneous project to constitute the colonial subject as Other. This project is also the asymmetrical obliteration of the trace of that Other in its precarious Subject-ivity. It is well known that Foucault locates epistemic violence, a complete overhaul of the episteme, in the redefinition of sanity at the end of the European eighteenth century. But what if that particular redefinition was only a part of the narrative of history in Europe as well as in the colonies? What if the two projects of epistemic overhaul worked as dislocated and unacknowledged parts of a vast two-handed engine?“ (Spivak 1988: 280f)

In ihrem berühmten Aufsatz „Can the Subaltern Speak?“ hat Spivak den Zusammenhang zwischen politischer, vermeintlich kultureller, also nicht politischer, und epistemischer Gewalt dargelegt und als Teil eines größeren Ganzen problematisiert. Im Text lässt sich nachvollziehen, wie Prozesse wissensbasierten ‚otherings‘ zu Formen von ‚worlding‘ gerinnen (Appeltshauser 2013), also Welt und Wissen in beiderlei Kolonialität erschaffen werden. Damit werden manifeste (eigene) Gewaltpraktiken von Kolonialherrschaft normalisiert, während diese selbst sich etwa mit dem Verbot der sogenannten Witwenverbrennung zugleich den Anstrich von Gewaltüberwindung, Aufgeklärtheit und damit auch von Legitimität gibt. Die diskursiven Prozesse der „VerAnderung“ (Reuter 2002), die koloniales Regieren mit all seinen direkten und indirekten Gewaltformen erst ermöglichen und damit Selbst-Verständlichkeit herstellen, benennt Spivak mit dem starken Begriff *epistemic violence*. Ganz im Gegensatz zu Michel Foucault, von dem sie ihn entlehnt, macht sie das asymmetrische globale Setting der miteinander verwobenen Gewaltpraktiken europäischer Kolonialherrschaft und lokaler Gewaltpraktiken explizit zum Thema. Darüber hinaus legt sie dar, wie die Kolonialität des Wissens auch weit über das politische Ende des Kolonialismus selbst hinauswirkt. Diese Perspektive ist wegweisend für postkoloniale Denker_innen nach und mit ihr. Sie verdeutlicht, welche Leerstellen und Komplizenschaften auch kritische Wissenschaft mitunter durchziehen. Sie zeigt, dass auch diese potenziell in jene globalen Ungleichheitsverhältnisse involviert ist, die sie selbst problematisiert. Ein solches Verständnis von Gewalt widerspricht der analytischen Isolation bestimmter Gewaltphänomene voneinander ebenso wie deren Dislozierung in den Globalen Süden oder in sogenannte Parallelgesellschaften im Globalen Norden. Diese Isolation schreibt sich bis heute tief

in unsere Wissensbestände über Gewalt ein und schmückt den Ort des Eigenen, des Normalisierten und Universalisierten mit quasi-natürlicher Gewaltfreiheit – oder aber mit Argumenten zur Rechtfertigung ganz bestimmter Formen von Gewalt. Dies gelingt nur, solange weite Gewaltbegriffe marginalisiert werden, die Kolonialität von Macht und Wissen ignoriert wird und epistemische Gewalt kein Thema ist.

Die Naturwissenschaftlerin Vandana Shiva, die heute vor allem als Umweltaktivistin bekannt ist, betont eine von Spivak nicht benannte weitere Dimension epistemischer Gewalt (Shiva 1990). Ihr zufolge handelt es sich beim von ihr problematisierten (natur-)wissenschaftlichen Reduktionismus nicht um kognitive Kurzsichtigkeit als Basis für epistemische Gewalt. Vielmehr liege das Problem in der spezifischen Form ökonomischer Organisation begründet, in der globalen Durchsetzung der kapitalistischen Vergesellschaftungsform. Die Wurzeln der gegenwärtigen Ausbeutung, Profitmaximierung und Kapitalakkumulation und der daraus resultierenden Gewaltformen seien in der kolonialen Expansion zu suchen (ebd.: 238). Moderne Wissenschaften und ein profitorientiertes Wirtschaftssystem auf historischer Basis kolonialer Ausbeutung sicherten einander ab, wohingegen alternative Wissensformen und Problemlösungen, die nicht auf finanziellen Profit, sondern auf das Gemeinwohl abzielten, von genau diesem ökonomisierten Wissenschaftssystem diskreditiert würden (ebd.: 232). Daraus resultiere ein Wissensmonopol, das in vierfacher Weise Gewalt hervorbringe: „[...] violence against the subject of knowledge, the object of knowledge, the beneficiary of knowledge, and against knowledge itself.“ (Shiva 1990: 15f)

Als dritte und rezentere Inspiration für ein systematisches Weiterdenken zu epistemischer Gewalt schlage ich die Definition von Enrique Galván-Álvarez (2010) vor. Implizit führt der Kulturwissenschaftler Spivaks und Shivas Verständnis von epistemischer Gewalt zusammen. Er verbindet beide Aspekte – Repräsentation im Kontext der Kolonialität des Wissens und Ökonomisierung im Kontext der Geopolitik des Wissens – mit der Frage nach Dominanz durch Legitimierung auf der Basis bestimmter epistemischer Rahmungen:

„Epistemic violence, that is, violence exerted against or through knowledge, is probably one of the key elements in any process of domination. It is not only through the construction of exploitative economic links or the control of the politico-military apparatuses that domination is accomplished, but also and, I would argue, most importantly through the construction of epistemic frameworks that legitimise and enshrine those practices of domination.“ (Galván-Álvarez 2010: 12)

Im Anschluss an diese und andere postkoloniale Autor_innen (Castro-Gómez 2002; Garbe 2013; Vázquez 2011) sowie in kritischer Abgrenzung und Weiterentwicklung

von eurozentrischen friedenswissenschaftlichen Definitionsversuchen, auf die ich an anderer Stelle detaillierter eingehe (Brunner 2017), nähere ich mich der Begriffsarbeit zu epistemischer Gewalt vorerst mit einer offenen Definition. Ich verstehe unter epistemischer Gewalt jenen Beitrag zu unterschiedlichen gewaltförmigen gesellschaftlichen Verhältnissen, der im Wissen selbst, in seiner Genese, seinen Ausformungen und Organisationsweisen sowie in seiner Wirkmächtigkeit angelegt ist (Brunner 2013: 228f). Wissenschaftlichem Wissen kommt dabei eine besondere Funktion zu. Der schillernde Begriff epistemische Gewalt umfasst also epistemologische, theoretische und konzeptionelle Aspekte ebenso wie politische, wissenssoziologische, institutionelle und ökonomische. Auch wenn es auf der Hand liegt, dass nicht all diese Ebenen gleichzeitig im Detail erfassbar sind, dürfen sie beim Nachdenken über Phänomene und Konzepte von (nicht nur) epistemischer Gewalt nicht außer acht gelassen werden. Das bedeutet, dass bei der Suche nach einer plausiblen Definition epistemischer Gewalt nicht nur Begriffs- und Theoriearbeit zu leisten ist, sondern dass auch der Wissenschaftsbetrieb selbst, also auch die Strukturen und Praktiken der Politikwissenschaft sowie ihre enge Verzahnung mit Politik und Ökonomie mitgedacht werden müssen – und das in einer globalen, verwobenen Dimension.

FAZIT

Aram Ziais Feststellung komplementärer Defizite zwischen Politikwissenschaft und Postkolonialen Studien (Ziai 2012: 292) gilt auch für den jeweiligen Umgang mit Phänomenen und Konzepten von Gewalt. Post- und dekoloniale Perspektiven setzen sich intensiv mit Macht-Wissens-Komplexen in der anhaltenden Kolonialität der Moderne auseinander, sind dabei jedoch kaum mit sozialwissenschaftlichen Debatten über politische Gewalt verbunden. Zugleich pflegt die Politikwissenschaft, deren zentrale Gegenstandsbereiche in Bezug auf ein eurozentrisch-universalistisches staatliches Gewaltmonopol und die damit verbundene Gewaltenteilung verhandelt werden, einen wenig diskutierten engen Gewaltbegriff und beschäftigt sich nur am Rande mit damit in Zusammenhang stehenden epistemologischen Fragen. Auch eine kritische Einschätzung der (geo-)politischen Dimension ihrer eigenen Zunft jenseits von Politikberatung erscheint der Disziplin oft nicht als opportun. Die Dimension der Kolonialität des Wissens ist zumindest im deutschsprachigen Kontext bislang so gut wie kein

Thema politikwissenschaftlichen Interesses. Post- und dekoloniale Perspektiven rücken diese ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Ein noch weiter auszuarbeitendes Konzept epistemischer Gewalt kann dazu beitragen, die eurozentrische Schieflage politikwissenschaftlicher Gewaltforschung in ein angemessenes Lot zu bringen. Angesichts der dann sichtbar werdenden Allgegenwart von epistemischer Gewalt dürfen wir uns aber auch nicht lähmen lassen. Santiago Castro-Gómez weist darauf hin, dass die größte Herausforderung in Bezug auf die Analyse und Überwindung epistemischer Gewalt darin besteht zu lernen, wie tatsächlich existierende Totalität in ihrem (post-)kolonialen Antlitz benannt werden kann, ohne dabei dem Essentialismus und Universalismus eines Metanarrativs anheim zu fallen (Castro-Gómez 2002: 282). Epistemische Gewalt mag also aus post- und dekolonialer Perspektive zunehmend benennbar werden, aber das erspart uns weder die genaue Begriffsarbeit noch die kontextspezifische Analyse und eine daraus folgende Bewertung. Es bedarf also weiterhin einer Vielzahl enger und weiter Gewaltbegriffe, um die von post- und dekolonialer Theorie eingeforderte Berücksichtigung der Verwobenheit bewerkstelligen zu können. Diese Begriffe müssen jedoch erstens in Hinblick auf die anhaltende Kolonialität des Wissens selbst einer kritischen Betrachtung unterzogen und zweitens vor dem Hintergrund epistemischer Gewalt, die gewissermaßen als Schnittstelle zwischen unterschiedlichen Formen, Begriffen, Diskursen und Praktiken fungiert, in der Kolonialität des Wissens analysiert und bewertet werden. Dies stellt einen ebenso herausfordernden wie vielversprechenden nächsten Schritt in Richtung eines postkolonialen politikwissenschaftlichen Gewaltverständnisses und eines dekolonialen Bemühens um Gewaltreduktion dar.

Gewalt weiter denken – der Titel dieses Texts – bedeutet in diesem Sinne zweierlei. Erstens: Sich nicht mit existierenden Gewaltverständnissen zufrieden geben und immer wieder neue Wege der Analyse und Theoretisierung von Gewalt beschreiten. Zweitens: Dabei verstärkt auf weite Gewaltbegriffe setzen und insbesondere zur Frage nach epistemischer Gewalt von post- und dekolonialen Perspektiven lernen.^{2 3}

² Für kritische Kommentare zu früheren Versionen dieses Aufsatzes danke ich Hel-mut Krieger, Bettina Engels und Aram Ziai.

³ Dieser Text entstand im Rahmen des vom Österreichischen Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung (FWF) geförderten Forschungsprojekts „Theorizing Epistemic Violence“ (V 368-G15).

LITERATUR

- Appeltshauser, Laura (2013): *Epistemic Violence – a Useful Concept for Understanding Violence in Global Politics?* Unveröffentlichte Master-Arbeit, London.
- Boatcă, Manuela (2013): „Two-Way Street. Moderne(n), Verwobenheit und Kolonialität“, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 38 (4), S. 375–394.
- Boatcă, Manuela/Costa, Sérgio (2010): „Postkoloniale Soziologie: Ein Programm“, in: Julia Reuter/Paula-Irene Villa (Hg.), *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*, Bielefeld: transcript, S. 69–90.
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude (1973): *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brunner, Claudia (2011): *Wissensobjekt Selbstmordattentat. Epistemische Gewalt und okzidentalistische Selbstvergewisserung in der Terrorismusforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brunner, Claudia (2013): „Situier und seinsverbunden in der ‚Geopolitik des Wissens‘. Politisch-epistemische Überlegungen zur Zukunft der Wissenssoziologie“, in: *Zeitschrift für Diskursforschung* 1 (3), S. 226–245.
- Brunner, Claudia (2016/2017): „Epistemische Gewalt. Konturierung eines für die Begriffs für die Friedens- und Konfliktforschung neuen Begriffs“, in: Cordula Dittmer/Claudia Simons (Hg.), *Sonderband der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung zu post- und dekolonialen Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, im Erscheinen.
- Butler, Judith (2010): *Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Castro-Gómez, Santiago (2002): „The Social Sciences, Epistemic Violence, and the Problem of the ‚Invention of the Other‘“, in: *Nepantla. Views from South* 3 (2), S. 269–285.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2009): „Feministische Postkoloniale Theorie: Gender und (De-)Kolonisierungsprozesse. Europa provinzialisieren? Ja, bitte! Aber wie?“, in: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 18 (2), S. 9–18.
- Castro Varela/María do Mar/Dhawan, Nikita (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, Bielefeld: transcript.
- Chakrabarty, Dipesh (2002): „Europa provinzialisieren. Postkolonialität und die Kritik der Geschichte“, in: Sebastian Conrad/Shalini Randeria (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 283–312.

- Chandra, Uday (2013): „The Case for a Postcolonial Approach to the Study of Politics“, in: *New Political Science* 23 (3), S. 479–491.
- Chojnacki, Sven/Namberger, Fabian (2014): „Die ‚neuen Kriege‘ im Spiegel postkolonialer Theorien und kritischer Friedensforschung“, in: *ZeFKo. Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3 (2), S. 157–202.
- Cohn, Bernard S. (1996): *Colonialism and Its Forms of Knowledge. The British in India*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Coronil, Fernando (2004): „Latin American Postcolonial Studies and Global Decolonization“, in: Neil Lazarus (Hg.), *The Cambridge Companion to Postcolonial Literary Studies*, Cambridge/New York: Cambridge University Press, S. 221–240.
- Dhawan, Nikita (2007): *Impossible Speech. On the Politics of Silence and Violence*, St. Augustin: Academia.
- Dietze, Gabriele/Brunner, Claudia/Wenzel, Edith (Hg.) (2009): *Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*, Bielefeld: transcript.
- Engels, Bettina (2014): „Repräsentationen, Diskurse und Machtfragen. Postkoloniale Theorieansätze in der Friedens- und Konfliktforschung“, in: *ZeFKo. Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3 (1), S. 130–150.
- Enzmann, Birgit (2013): *Handbuch Politische Gewalt. Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Foucault, Michel (1993): *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Franzki, Hannah/Aikins, Joshua Kwesi (2010): „Postkoloniale Studien und kritische Sozialwissenschaft“, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 40 (158), S. 9–28.
- Galtung, Johan (1975): *Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*, Reinbek/Hamburg: Rowohlt.
- Galván-Álvarez, Enrique (2010): „Epistemic Violence and Retaliation. The Issue of Knowledge in Mother India“, in: *Atlantis. Journal of the Spanish Association of Anglo-American Studies* 32 (2), S. 11–26.
- Garbe, Sebastian (2013): „Deskolonisierung des Wissens. Zur Kritik der epistemischen Gewalt in der Kultur- und Sozialanthropologie“, in: *Austrian Studies in Social Anthropology* 1, S. 1–17, siehe <http://www.univie.ac.at/alumni.ksa/index.php/journale-2013/deskolonisierung-des-wissens.html>
- Hall, Stuart (1992): „The West and the Rest. Discourse and Power“, in: Stuart Hall/Bram Gieben (Hg.), *Formations of Modernity*, London: Polity Press, S. 185–227.

- Heitmeyer, Wilhelm (2008): „Gewalt“, in: Stefan Gosepath/Wilfried Hinsch/Beate Rössler (Hg.), Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie, Berlin: de Gruyter, S. 421–425.
- Heitmeyer, Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (2004): „Einleitung: Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme“, in: Wilhelm Heitmeyer/Hans-Georg Soeffner (Hg.), Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 11–17.
- Imbusch, Peter (2002): „Der Gewaltbegriff“, in: Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 26–57.
- Kerner, Ina (2012): Postkoloniale Theorien zur Einführung, Hamburg: Junius.
- Koloma Beck, Teresa/Schlichte, Klaus (2014): Theorien der Gewalt zur Einführung, Hamburg: Junius.
- Krieger, Helmut (2015): Umkämpfte Staatlichkeit. Palästina zwischen Besatzung, Entwicklung und politischem Islam. Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens, Wiesbaden: Springer VS.
- Kriele, Martin (1994): Einführung in die Staatslehre. Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kurtenbach, Sabine/Wehr, Ingrid (2014): „Verwobene Moderne und Einhegung von Gewalt. Die Ambivalenz der Gewaltkontrolle“, in: Franziska Müller/Elena Sondermann/Ingrid Wehr/Cord Jakobeit/Aram Ziai (Hg.), Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 48, Baden-Baden: Nomos, S. 95–127.
- Löffler, Marion (2012): „Politischer Schmerz. Kalküle der Staatsgewalt zwischen Notwehr und Schutz“, in: Rüdiger Voigt (Hg.), Staatsräson. Steht die Macht über dem Recht?, Baden-Baden: Nomos, S. 207–223.
- Lorey, Isabell (2012): „Postkoloniale Politische Theorie“ in: Eva Kreisky/Marion Löffler/Georg Spitaler (Hg.), Theoriearbeit in der Politikwissenschaft, Wien: Facultas WUV, S. 175–187.
- Mignolo, Walter (2002): „The Geopolitics of Knowledge and the Colonial Difference“, in: The South Atlantic Quarterly 101 (1), S. 57–96.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2010): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1, München: Beck.
- Nunner-Winkler, Gertrud (2004): „Überlegungen zum Gewaltbegriff“, in: Hans-Georg Soeffner/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 21–61.

- Quijano, Aníbal (2000): „Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America“, in: *Nepantla. Views from South* 1 (3), S. 533–580.
- Quintero, Pablo/Garbe, Sebastian (Hg.) (2013): *Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis*, Münster: Unrast.
- Randeria, Shalini (1999): „Geteilte Geschichte und verwobene Moderne“, in: Jörn Rüsen/Hanna Leitgeb/Norbert Jegelka (Hg.), *Zukunftsentwürfe. Ideen für eine Kultur der Veränderung*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 87–96.
- Reuter, Julia (2002): *Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Anderen*, Bielefeld: transcript.
- Santos, Boaventura de Sousa/Nunes, João Arriscado/Meneses, Maria Paula (2007): „Introduction. Opening up the Canon of Knowledge and Recognition of Difference“, in: Boaventura de Sousa Santos (Hg.), *Another Knowledge is Possible. Beyond Northern Epistemologies*, London: Verso, S. xvix–lxii.
- Sauer, Birgit (2009): „Staatlichkeit und Geschlechtergewalt“, in: Gundula Ludwig/Birgit Sauer/Stefanie Wöhl (Hg.), *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*, Baden-Baden: Nomos, S. 61–74.
- Sauer, Birgit (2011): „Migration, Geschlecht, Gewalt. Überlegungen zu einem intersektionellen Gewaltbegriff“, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 2, S. 44–60.
- Shiva, Vandana (1990): „Reductionist Science as Epistemological Violence“, in: Ashis Nandy (Hg.), *Science, Hegemony and Violence. A Requiem for Modernity*, Oxford: Oxford University Press, S. 232–256.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): „Can the Subaltern Speak?“, in: Nelson Cary/Lawrence Grossberg (Hg.), *Marxism and the Interpretation of Culture*. Urbana-Champaign, IL: University of Illinois Press, S. 271–313.
- Vázquez, Rolando (2011): „Translation as Erasure. Thoughts on Modernity’s Epistemic Violence“, in: *Journal of Historical Sociology* 24 (1), S. 27–44.
- Young, Robert C. (2006): *Postcolonialism. An Historical Introduction*, Malden/Oxford/Carlton: Blackwell.
- Ziai, Aram (2011): „Die Peripherie der Sozialwissenschaften“, in: Ilker Ataç/Albert Kraler/Aram Ziai (Hg.), *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung. Gesellschaft, Entwicklung*, Wien: Mandelbaum, S. 24–38.
- Ziai, Aram (2012): „Postkoloniale Studien und Politikwissenschaft. Komplementäre Defizite, Stand der Forschung und Perspektiven“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 53 (2), S. 292–323.